

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

UMBAWIKO - Ja zum Legislaturplan 2013-2017 und Massnahmenplan

Solothurn, 27. Januar 2014 - Die Kantonsrätliche Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission (UMBAWIKO) hat an ihrer ordentlichen Sitzung dem Legislaturplan des Regierungsrates für die Jahre 2013 – 2017 zugestimmt. Im Weiteren stimmte sie den in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Sparvorschlägen im Massnahmenplan 2014 zu und genehmigte einen Zusatzkredit in der Höhe von 11,284 Millionen Franken für das Umfahrungsprojekt „Solothurn, Entlastung West“.

Unter der Leitung ihres Präsidenten, Georg Nussbaumer (CVP, Hauenstein), nahm die Kommission vom neuen Legislaturplan des Regierungsrates für die Jahre 2013 – 2017 Kenntnis und befasste sich mit verschiedenen Anträgen zu Planungsbeschlüssen des Kantonsrates. Mit dem Planungsbeschluss kann der Kantonsrat den Regierungsrat verpflichten, den Legislaturplan im Sinne der Vorgaben zu erstellen oder anzupassen. Die Kommission folgte dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung der von den Grünen und der SVP eingebrachten Planungsbeschlüsse zu den Bereichen Bau und Volkswirtschaft. Gleichzeitig beriet sie die Massnahmen im Massnahmenplan 2014 und stimmte den Sparvorschlägen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu.

Grossmehrheitlich stimmte die Kommission einem Zusatzkredit für das Entlastungsprojekt „Solothurn, Entlastung West“ in der Höhe von 11,284 Millionen Franken zu. Die Endkostenprognose inkl. MwSt. für das Projekt „Solothurn, Entlastung West“ beträgt rund 114,614 Mio. Franken. Die Mehrkosten ge-

genüber dem ursprünglich bewilligten Verpflichtungskredit ergeben sich aufgrund der Teuerung, Mehraufwendungen wegen Bestelländerungen und Mehrausmassen infolge Baugrundproblemen (Aarebrücke und Tunnel Gibelin) sowie Nachforderungen aufgrund des durchgeführten Schlichtungsverfahrens mit der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Solothurn.

Im Zuge eines weiteren Schlichtungsverfahrens konnte sich der Kanton zusammen mit der Stadt Solothurn mit der für die Projektierung und Bauleitung verantwortlichen Ingenieurgesellschaft Leporello (IGL) auf eine Regressforderung, infolge nichtgehöriger Vertragserfüllung, einigen. Nach Abzug des Anteils der Stadt Solothurn vergütet die IGL dem Kanton Solothurn eine Summe von rund 1,265 Millionen Franken.

Teilstrecke Feldbrunnen als Tramstrecke fürs „Bipperlisi“ anerkennen

Die Kommission befasste sich zudem mit dem Auftrag von Anita Panzer (FDP, Feldbrunnen), welcher fordert, die Teilstrecke Feldbrunnen der Aare Seeland mobil AG (Bipperlisi) als Tramstrecke anzuerkennen und dafür eine detaillierte Planvariante vorzulegen. Mehrheitlich folgte die Kommission dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung des Auftrags.

Die Kommission kam zudem auf einen Antrag der Finanzkommission (FIKO) zum Wirtschafts- und Arbeitsgesetz zurück. Dieser fordert, dass künftig bei den Tourismusförderungsmassnahmen auf die Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen an die Aus- und Weiterbildung im Gastgewerbe verzichtet werden soll. Der Kürzungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.